

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Hochzinspolitik beeinträchtigt Konjunktur	425
Bundesrepublik Deutschland: Konjunkturflaute setzt sich fort	431
Investitionen und Anlagevermögen in den staatlichen Aufgabenbereichen	434

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 38/81

Berlin

17. September 1981

48. Jahrgang

Seibarth

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Hochzinspolitik beeinträchtigt Konjunktur

Die konjunkturelle Entwicklung in der westlichen Welt wird nach wie vor durch die Hochzinspolitik beeinträchtigt, die von den Notenbanken der meisten Länder verfolgt wird. Anführer dieser Politik sind die USA, die hierbei unabhängig von Außenwirtschaftsrücksichten vorgehen. Die übrigen Industrieländer sehen — mit Ausnahme von Japan und Großbritannien, die gegenwärtig Leistungsbilanzüberschüsse erzielen — keine andere Möglichkeit, als dem geldpolitischen Kurs der USA zu folgen, um die Finanzierung ihrer Leistungsbilanzdefizite zu sichern.

An der restriktiven geldpolitischen Linie wird in den USA hartnäckig festgehalten, obwohl die amerikanische Wirtschaft nach einem kurzen Zwischenhoch bereits wieder zur Schwäche neigt und sich das Inflationstempo tendenziell verlangsamt. Die Zinsentwicklung hat infolgedessen auf die Konjunkturabschwächung nicht reagiert; das Zinsniveau blieb außerordentlich hoch. Diese Zinsinflexibilität wird aber vielfach auch darauf zurückgeführt, daß sich die Knappheitsrelation zwischen Kapital und Arbeit grundlegend geändert habe¹. Nach dieser Auffassung steht Kapitalknappheit nicht nur in den USA einer baldigen Zinssenkung entgegen. Es sei auch gar nicht erstrebenswert, eine Zinssenkung durch geldpolitische Lockerung künstlich herbeizuführen, weil sie Fehlallokationen der Produktionsfaktoren nach sich ziehen würde.

Bei Kapitalknappheit wirke überdies die Hin-
nahme staatlicher Defizite, die durch Kreditaufnahme

finanziert werden müßten, zinstreibend. Da insbesondere in den USA zu befürchten sei, daß das Staatsdefizit noch zunehmen werde, weil die amerikanische Regierung ein Steuersenkungsprogramm zur Einleitung eines Prozesses anhaltenden Wachstums durchgesetzt hat, seien hier eher noch weitere Zinssteigerungen denkbar.

Bei der These, daß im Kapitalmangel die Ursache für das weltweit hohe Zinsniveau zu sehen ist, werden häufig zwei Vorgänge miteinander vermischt. Einmal ist zu beachten, daß ein Teil der anlage-suchenden Mittel, die durch Einnahmenüberschüsse, nicht zuletzt auch in den OPEC-Ländern, gebildet werden, in den meisten Ländern wegen der schwachen Investitionsneigung von den Unternehmen gar nicht in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig wirkt sich die rückläufige Konjunktorentwicklung mindernd auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus, so daß der Staat zunehmend in eine Defizitposition gedrängt wird, bei der er selbst überschüssige Mittel aufnimmt. So gesehen kann schwerlich von einem Kapitalmangel gesprochen werden.

Zum anderen wird aber auch darauf verwiesen, daß die Bereitschaft, Geldmittel langfristig — auf dem Kapitalmarkt — anzulegen, geringer geworden ist und daß gegenwärtig kurzfristige Anlagen bevorzugt werden. Diese Veränderung der Anlageneigung sollte aber nicht als eine fundamentale Kapital-

¹ Siehe H. Giersch, Mit hohen Zinsen leben. In: Wirtschaftswoche, 35. Jahrgang (1981), Nr. 32, S. 22.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	1) GEWICHTE 1979 IN VH		VERAENDERUNGEN GEGENUEBER DEM VORJAHR IN VH								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1979			1980			1981		
			REAL	NOMINAL	PREISE 2)	REAL	NOMINAL	PREISE 2)	REAL	NOMINAL	PREISE 2)
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND*)	12,1	-	4,4	8,3	3,7	1,8	6,7	4,8	-1	3	4,5
FRANKREICH	8,9	17,8	3,1	14,0	10,6	1,3	12,9	11,5	0,5	14,5	14
GROSSBRITANNIEN	6,3	9,4	1,1	16,2	14,9	-1,4	17,1	18,8	-1,5	12	13,5
ITALIEN	5,1	10,9	4,9	21,3	15,6	4,0	25,1	20,3	-1	18	19
NIEDERLANDE	2,3	14,0	2,2	6,2	3,9	1,0	7,0	6,0	-1,5	6	7,5
BELGIEN	1,7	11,9	2,1	6,2	4,0	1,5	7,5	6,0	-1	6	7
DAENEMARK	1,0	3,1	3,5	10,9	7,1	-1,0	8,0	9,0	-0,5	8	8,5
IRLAND	0,2	0,6	1,9	15,1	13,0	1,0	17,0	16,0	1,5	17	15,5
EG	37,6	-	3,3	12,6	9,0	1,3	12,5	11,1	-0,5	10	10,5
SCHWEDEN	1,7	4,1	3,9	11,8	7,6	1,4	13,3	11,7	-1	10	9
SCHWEIZ	1,6	7,3	2,2	4,2	2,0	3,5	5,0	1,5	1,5	6,5	7
OESTERREICH	1,1	7,3	4,9	9,5	4,4	3,1	7,9	4,7	-0,5	5	5,5
NORWEGEN	0,7	1,5	4,5	11,1	6,3	3,8	19,5	15,1	0,5	14	13,5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	42,7	-	3,4	12,2	8,5	1,5	12,3	10,7	-0,5	9,5	10,5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER U.BRD	30,6	-	3,0	13,7	10,4	1,3	14,5	13,0	-0,5	12	12,5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER U.BRD 3)	-	87,9	3,0	11,4	8,2	1,6	12,1	10,4	-0,5	10,5	11
USA	37,9	9,2	3,2	12,0	8,5	-0,1	8,9	9,0	2	10,5	8,5
KANADA	3,5	1,0	2,7	13,3	10,3	0,1	10,7	10,6	2,5	13,5	10
JAPAN	15,9	1,9	5,6	8,2	2,5	4,2	7,5	3,2	3,5	9	5,5
AUSSEREUROPE. INDUSTRIELAENDER	57,3	-	3,8	11,0	6,9	1,1	8,6	7,5	2,5	10,5	8
AUSSEREUROPE. 3) INDUSTRIELAENDER	-	12,1	3,5	11,5	7,7	0,6	8,8	8,2	2,5	10,5	8
INSGESAMT	100,0	-	3,6	11,5	7,6	1,3	10,2	8,9	1	10	9
INSGESAMT OHNE BRD	87,9	-	3,5	12,0	8,2	1,2	10,7	9,4	1,5	11	9,5
INSGESAMT OHNE BRD 3)	-	100,0	3,0	11,4	8,1	1,5	11,7	10,1	0	10,5	10,5

1) AUF DOLLARBASIS. - 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR. - 3) GEWICHTET NACH DEM ANTEILEN DER LAENDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR. EG OHNE GRIECHENLAND. *) STAND AUGUST 1981.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

knapppheit angesehen werden. Die Anlageneigung ist nur dann gering, wenn die Sparer weiter steigende Zinsen und damit verbundene Kursverluste erwarten. Bei konjunktureller Schwäche ist dies immer dann der Fall, wenn mit ihr eine verstärkte Inflation Hand in Hand geht. Aber auch die Notenbanken tragen mit einer Geldpolitik, die eher weitere Zinssteigerungen erwarten läßt, dazu bei, daß die Bereitschaft zu langfristiger Geldanlage gering ist. Würde der geldpolitische Kurs maßvoll gelockert werden und setzten sich damit auch Zinssenkungserwartungen durch, so vergrößerte sich diese Bereitschaft wieder. Die Notenbanken behalten jedoch trotz Konjunkturabschwächung ihren restriktiven geldpolitischen Kurs bei. Sie nehmen diese Abschwächung bewußt in Kauf, weil sie den inflatorischen Prozeß brechen wollen, der durch die Ölpreisteigerungen beschleunigt worden ist, und weil sie sich davon in den Defizitländern eine Entlastung der

Leistungsbilanz versprechen. Das hohe Zinsniveau ist somit nicht die Folge eines fundamentalen Kapitalmangels, sondern nicht zuletzt die Konsequenz der restriktiven Geldpolitik.

Sind zudem die staatlichen Haushaltsdefizite weniger Ursache als mit eine Folge des hohen Zinsniveaus, bei dem sich die Konjunktur erheblich abgeschwächt hat, so erschweren sie gleichwohl die Durchsetzung von Zinssenkungen. Dies vor allem deswegen, weil die Auffassung weit verbreitet ist, eine dauerhafte Inflationsverlangsamung sei solange nicht zu erreichen, wie der Staatshaushalt mit hohen Defiziten abschließt. Zwar hält auch diese Auffassung — undifferenziert vertreten — einer genaueren Überprüfung nicht stand; denn staatliche Defizite stehen einer Inflationsbekämpfung nur dann entgegen, wenn sie zum Anstoß einer inflationstreibenden Ausweitung der Geldmenge werden. Jedoch hat diese Anschauung — obwohl sie falsch ist — Auswir-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern

Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

LAENDER	PRIVATER VERBRAUCH			OEFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE-INVESTITIONEN			EXPORTE VON GUETERN			IMPORTE UND DIENSTEN		
	1979	1980	1981	1979	1980	1981	1979	1980	1981	1979	1980	1981	1979	1980	1981
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND*)	3,3	1,7	-1,5	3,3	2,6	2	8,4	3,7	-3	5,8	5,9	5	11,0	5,8	1
FRANKREICH	3,3	1,7	1	1,4	2,8	3	2,7	0,8	-1,5	6,5	3,4	1	10,4	5,5	0,5
GROSSBRITANNIEN	4,7	0,6	-0,5	2,0	2,1	0,5	-1,4	-2,2	-7,5	2,1	0,4	-4,5	11,1	-3,5	-5
ITALIEN	5,3	4,4	-0,5	1,6	2,0	2	5,8	10,0	-2,5	9,1	-4,3	0	13,8	7,9	-3,5
NIEDERLANDE	2,2	-0,5	-2,5	2,9	1,5	1	0,0	-2,0	-5	7,7	2,0	0	5,8	-1,0	-4
BELGIEN	4,6	1,5	-1,5	2,7	1,0	1	-0,6	2,5	-5,5	7,6	3,0	-1,5	10,0	2,0	-3
DAENEMARK	3,0	-4,0	-1,5	5,4	5,0	4	-3,0	-16,0	-9	9,3	5,0	1,5	6,0	-5,5	-3,5
IRLAND	2,7	-0,5	-0,5	3,5	2,5	-2	16,4	-10,0	5,5	6,7	5,5	2	14,0	-4,0	4
1) EG	3,8	1,6	-0,5	2,5	2,4	2	4,1	1,8	-3,5	6,2	2,6	1	10,5	2,8	-1,5
1) EG OHNE BRD	4,0	1,6	-0,5	2,1	2,3	2	1,8	0,8	-4	6,3	1,2	-1	10,3	1,6	-3
SCHWEDEN	2,7	-0,1	-1,5	4,4	2,9	2	5,4	1,7	-3,5	6,8	-2,5	-1,5	13,2	0,7	-5
SCHWEIZ	1,0	3,0	1	1,3	1,0	1	5,2	8,5	3	3,5	4,5	3	7,3	7,0	0
OESTERREICH	3,8	1,5	-1	3,2	1,6	2	4,1	2,2	-2	10,4	7,2	3	11,9	6,2	-2
NORWEGEN	2,3	1,7	0,5	3,9	4,2	6,5	-5,5	1,9	3,5	2,5	1,4	0,5	-0,7	4,0	-2
EUROPAEISCHE 1) INDUSTRIELAENDER	3,6	1,6	-0,5	2,6	2,4	2	4,0	2,1	-3	6,1	2,6	1	10,2	3,1	-2
1) EUROP.INDU- STRIELAENDER O.BRD	3,8	1,6	-0,5	2,3	2,3	2	2,0	1,4	-3	6,2	1,5	-0,5	10,0	2,2	-2,5
USA	2,9	0,4	2,5	1,8	2,9	0,5	2,5	-6,3	0,5	15,2	10,0	0	6,0	-0,6	4
KANADA	1,9	0,6	2,5	-1,0	0,6	1	4,3	4,0	2,5	2,6	1,0	2	5,9	-2,8	3,5
JAPAN	6,2	1,3	2,5	4,0	2,1	3	6,6	0,1	3	6,6	19,3	10	14,7	-3,9	2,5
AUSSEREUROP. 1) INDUSTRIELAENDER	3,7	0,7	2,5	2,0	2,6	1	4,2	-3,1	1,5	11,2	11,2	3	8,5	-1,9	3,5
1) INSGESAMT	3,7	1,0	1	2,3	2,5	1,5	4,1	-1,0	-0,5	8,0	5,8	1,5	9,6	1,2	0
1) INSGESAMT OHNE BRD	3,7	1,0	1,5	2,1	2,5	1,5	3,5	-1,7	0	8,4	5,8	1	9,3	0,4	0

1) GEWICHTE 1979 AUF DOLLARBASIS. EG OHNE GRIECHENLAND. *) STAND AUGUST 1981.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAEZTUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAEZTZE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

kungen, die ein konjunkturgerechteres wirtschaftspolitisches Vorgehen schwierig machen.

Die Gefahr besteht gegenwärtig nicht darin, daß in den einzelnen Ländern ein zu stark expansiver geldpolitischer Kurs verfolgt wird, sondern im Gegenteil gerade darin, daß zum Ausgleich der vermeintlichen inflatorischen Effekte staatlicher Defizite die Geldpolitik überzogen restriktiv gestaltet wird. Hängen die Inflationserwartungen auch davon ab, mit welcher Entwicklung des öffentlichen Haushaltsdefizits gerechnet wird, so wirken sich diese Erwartungen aber nicht nur auf die geldpolitische Linie aus. Es ist darüber hinaus zu befürchten, daß selbst bei einer geldpolitischen Lockerung die Zinssätze zunächst nur wenig sinken würden, wenn ein anhaltendes oder sogar noch steigendes Staatsdefizit erwartet wird. Die Befürchtung, die hohe Inflation sei ungebrochen, würde dann zunächst vorherrschend sein, und es könnte längere Zeit dauern, bis sie sich als unzutreffend erweist. Eine auch die Investitionen erfassende Konjunkturbelebung ist aber ohne eine — bei dieser Erwartungsbildung nur mit erheblicher

Verzögerung zu erreichende — Senkung des überhöhten Zinsniveaus schlecht vorstellbar.

Eine Zunahme der Investitions- und Verschuldungsbereitschaft der Unternehmer, die zu einer freiwilligen Steigerung ihres Ausgabenüberschusses führte, ist wiederum die Voraussetzung dafür, daß das Einnahmendefizit des Staates in einer konjunkturpolitisch vertretbaren Weise abgebaut werden kann. Werden dagegen die Unternehmen mit einer staatlichen Sparpolitik, die auf Defizitminderung gerichtet ist, in eine unerwünschte Verschuldungsposition gedrängt, so wirkt das zunächst einmal investitionsentmutigend und damit rezessionsverschärfend, auch wenn als Folge dieser Politik Zinssenkungen schließlich zustande kommen.

Die verbreitete, wenn auch irrige Auffassung, staatliche Defizite wirkten in jedem Fall inflations-treibend, hat freilich die Regierung der USA nicht — wie die Regierungen vieler anderer Länder — daran gehindert, finanzpolitische Expansionsmaßnahmen zu ergreifen. Sie hält an ihrem Steuersenkungsprogramm fest und nimmt weitere Defizite im Staats-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

LAENDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIG- KEIT UND VERMOEGEN						1) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			2) LOHNSTUECKKOSTEN					
	IN LANDESWAERHUNG															IN SZR		
	1979	1980	1981	1979	1980	1981	1979	1980	1981	1979	1980	1981	1979	1980	1981			
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND*)	8,3	1,4	-4,5	7,7	7,9	5	3,6	-0,5	-3,5	3,1	5,9	6	9,7	5,8	-8,5			
FRANKREICH	14,4	6,8	14,5	12,8	15,0	14	11,0	5,4	14	9,4	13,5	13,5	12,5	13,4	-5,5			
GROSSBRITANNIEN	-2,6	4,5	15	16,7	18,3	9	-3,7	6,0	16,5	15,4	20,0	10,5	23,6	30,6	4,5			
ITALIEN	31,0	25,1	13,5	19,6	23,1	20	24,9	20,3	14,5	14,0	18,4	21	12,8	14,0	-1			
NIEDERLANDE	3,3	7,5	5,5	7,2	7,0	6	1,1	6,5	7	4,9	6,0	7,5	9,6	6,2	-8,5			
BELGIEN	4,5	4,0	6	7,5	8,0	6	2,4	2,5	7	5,3	6,5	7	9,3	6,0	-10			
DAENEMARK	4,7	0,5	5	11,0	9,5	8	1,2	1,5	5,5	7,2	10,5	8,5	8,9	2,4	-8			
IRLAND	3,3	15,5	21,5	19,8	16,0	14	1,4	14,5	19,5	17,6	15,0	12,5	21,6	14,7	-6			
3) EG	12,3	8,0	7,5	13,0	14,3	10,5	5,6	5,4	8	8,3	11,4	10	13,0	12,4	-5			
SCHWEDEN	31,3	10,5	3	10,7	11,8	10	26,4	9,0	4	6,5	10,3	11	8,8	11,0	3,5			
SCHWEIZ	4,9	4,0	6,5	5,0	5,5	6,5	2,6	0,5	5	2,7	2,0	5	7,0	0,5	-5			
OESTERREICH	20,3	8,1	2	6,7	7,6	6	14,7	4,8	2,5	1,7	4,4	6,5	7,1	7,1	-7			
NORWEGEN	40,1	50,2	15,5	4,4	12,0	11	34,1	44,7	15	-0,1	7,9	10,5	0,2	9,8	2,5			
EUROPAEISCHE 3) INDUSTRIELAENDER	12,5	8,2	7	11,6	12,9	10	7,3	6,4	7,5	7,5	10,6	10	12,0	11,5	-4,5			
USA	12,7	4,4	7,5	12,4	9,3	11	9,2	4,5	5,5	8,9	9,4	9	5,5	8,6	20			
KANADA	24,8	11,5	13	11,1	11,3	13,5	21,5	11,4	10	8,2	11,2	10,5	2,1	10,6	18			
JAPAN	4,5	5,0	9	8,4	9,0	9	-1,0	1,0	5,5	2,7	4,5	5,5	-4,6	0,3	18			
AUSSEREUROP. 3) INDUSTRIELAENDER	10,8	5,0	8,5	11,3	9,3	10,5	8,9	4,7	6	7,8	8,8	8,5	3,5	7,4	19,5			
3) INSGESAMT	11,5	6,3	7,5	11,4	10,8	10,5	8,1	5,6	7	7,6	9,7	9,5	8,0	9,6	7			

1)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS. -
2)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS. -3)GEWICHTET
MIT 1979ER ANTEILEN. FUER 1) UND 2): GEWICHTET NACH WELTEXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA - ,
DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN. EG OHNE GRIECHENLAND. *)STAND AUGUST 1981.

QUELLEN: SAEG,VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAEZTUNGEN DES DIW.
GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

haushalt zunächst in Kauf. Allerdings verringert sie gleichzeitig das reale Wachstum der Staatsausgaben erheblich. Per Saldo dürften jedoch von der Finanzpolitik eher expansive Effekte ausgehen. Regierung und Federal Reserve Board betreiben somit eine Politik mit z. T. entgegengesetzten Wirkungen.

Der weitere Konjunkturverlauf in den USA hängt entscheidend davon ab, ob die expansiven Effekte der Finanzpolitik oder die kontraktiven Wirkungen der Geldpolitik überwiegen werden. Gewöhnen — wie die Regierung hofft — die finanzpolitischen Effekte die Oberhand und würden die gegenwärtigen konjunkturellen Schwächetendenzen relativ rasch überwunden werden, so entschärften sich auch die mit dem Staatsdefizit verbundenen Probleme, da im Zuge eines neuen Wirtschaftsaufschwungs das Defizit allmählich abgebaut werden könnte. Behielten jedoch — wofür bisher mehr spricht — die Wirkungen der restriktiven Geldpolitik zunächst das Übergewicht und neigte die Konjunktur zumindest für den Rest dieses Jahres zur Schwäche, so würde sich das staatliche Haushaltsdefizit auch konjunkturbedingt

vergrößern. Wie sich zeigt, reagiert die Regierung auf die heftige Diskussion über die Wirkungen des Staatsdefizits bereits mit zusätzlichen Ausgabenkürzungen.

Damit ist die Wahrscheinlichkeit noch größer geworden, daß die kontraktiven Effekte der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik vorerst überwiegen werden, weil insbesondere die Unternehmen in ihrem Investitionsverhalten durch die Steuerentlastungen weniger angeregt als durch Nachfragemangel und hohe Zinskostenbelastung abgeschreckt werden. Zwar dürfte das Andauern konjunktureller Schwäche weiterhin inflationsberuhigend wirken und damit von dieser Seite den Weg für Zinssenkungen freigeben. Jedoch schlägt andererseits im amerikanischen Lebenshaltungskostenindex das hohe Zinsniveau stark zu Buche; dies hemmt den Prozeß der Inflationsberuhigung, wie gerade die jüngste Preisentwicklung gezeigt hat. Je länger es aber dauert, bis die Konjunkturabschwächung eine Verlangsamung des Preisauftriebs nach sich zieht, um so weniger wird vorerst der Federal Reserve Board bereit sein, die geldpolitischen Zügel zu lockern.

Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen

	1976	1977	1978	1979	1980 ¹⁾	1981 ²⁾	1976	1977	1978	1979	1980 ¹⁾	1981 ²⁾
	Westeuropäische Industrieländer ³⁾						darunter: EG					
Leistungsbilanz	- 9,5	- 5,3	+20,0	-14,9	-49,6	-40,0	- 6,1	+ 1,2	+19,4	- 11,7	- 40,8	- 33,0
Handelsbilanz	- 8,7	- 1,7	+17,1	-10,9	-37,4	-31,5	- 3,0	+ 6,1	+18,3	- 5,3	- 26,9	- 23,0
Dienstleistungsbilanz	+12,8	+12,1	+21,9	+18,6	+16,3	+20,0	+ 8,8	+ 8,8	+17,6	+ 13,6	+ 11,4	+ 15,0
Übertragungsbilanz	-13,6	-15,7	-19,0	-22,6	-28,5	-28,5	-11,9	-13,7	-16,5	- 20,0	- 25,3	- 25,0
Kapitalbilanz ⁷⁾	+13,1	+36,8	+ 9,6	+36,4	+69,6	.	+ 7,7	+28,5	- 0,7	+ 34,9	+ 58,6	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 8,2	- 0,3	-17,3	-20,6	-20,9	.	- 4,4	+ 0,8	-10,2	- 7,3	- 6,3	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	+21,3	+37,1	+26,9	+57,0	+90,5	.	+12,1	+27,7	+ 9,5	+ 42,2	+ 64,9	.
Devisenbilanz ⁹⁾	- 3,6	-31,5	-29,6	-21,5	-20,0	.	- 1,6	-29,7	-18,7	- 23,2	- 17,8	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	+ 0,1	- 1,1	+ 1,8	+ 3,5	+ 0,7	.	+ 0,1	- 0,9	- 1,4	+ 3,6	+ 0,5	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	- 2,1	-30,5	-26,6	-24,3	-19,8	.	- 0,8	-29,1	-15,9	- 26,1	- 17,5	.
Position beim Weltwährungsfonds ¹⁰⁾	- 1,6	+ 0,1	- 1,2	- 0,7	- 0,9	.	- 0,9	+ 0,3	- 1,4	- 0,7	- 0,8	.
	Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾						darunter: Vereinigte Staaten von Amerika					
Leistungsbilanz	+ 4,2	- 7,2	- 0,9	-11,2	- 8,7	+ 2,0	+ 4,3	-14,1	-14,2	+ 1,7	+ 3,6	+ 4,0
Handelsbilanz	+ 2,2	-10,8	- 4,6	-21,6	-16,1	- 3,0	- 9,3	-30,9	-33,8	- 27,3	- 25,3	- 25,0
Dienstleistungsbilanz	+ 7,1	+ 8,6	+ 9,8	+16,9	+15,4	+14,0	+18,9	+21,8	+25,1	+ 35,0	+ 36,5	+ 37,0
Übertragungsbilanz	- 5,1	- 5,0	- 6,1	- 6,5	- 8,0	- 9,0	- 5,3	- 5,0	- 5,5	- 6,0	- 7,6	- 8,0
Kapitalbilanz ⁷⁾	-10,6	-21,8	-19,9	+11,7	+22,2	.	-15,0	-20,3	-16,7	+ 12,3	+ 5,3	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 8,1	-13,3	-23,9	-27,9	- 6,3	.	-15,2	-13,7	-11,5	- 17,1	- 9,4	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 2,5	- 8,5	+ 4,0	+39,6	+28,5	.	+ 0,2	- 6,6	- 5,2	+ 29,4	+ 14,7	.
Devisenbilanz ⁹⁾	+ 6,4	+29,0	+20,8	- 0,5	-13,5	.	+10,7	+34,4	+30,9	- 14,0	- 8,9	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	+ 0,1	- 0,7	- 1,0	+ 0,4	+ 0,5	.	+ 0,1	- 0,6	- 0,8	+ 0,4	+ 0,4	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	- 3,7	- 4,8	-13,3	+13,7	-11,1	.	- 0,2	+ 0,3	- 4,4	+ 0,6	- 6,3	.
Position beim Weltwährungsfonds ¹⁰⁾	- 3,1	- 0,9	+ 4,0	- 1,0	- 1,4	.	- 2,3	- 0,7	+ 5,0	- 1,4	- 1,5	.
Dollarverpflichtungen gegenüber Währungsbehörden	+13,1	+35,4	+31,1	-13,6	- 1,5	.	+13,1	+35,4	+31,1	-13,6	- 1,5	.
	Übrige Welt ⁵⁾						darunter: Erdölländer ⁶⁾					
Leistungsbilanz	+ 5,3	+12,5	-19,1	+26,1	+58,3	+38,0	+39,2	+31,3	+ 3,7	+ 64,5	+120,0	+ 90,0
Handelsbilanz	+ 6,5	+12,5	-12,5	+32,5	+53,5	+34,5	+65,1	+63,7	+41,2	+111,4	+169,0	+141,5
Dienstleistungsbilanz	-19,9	-20,7	-31,7	-35,5	-31,7	-34,0	-20,0	-24,5	-29,1	- 38,1	- 40,0	- 42,0
Übertragungsbilanz	+18,7	+20,7	+25,1	+29,1	+36,5	+37,5	- 5,9	- 7,9	- 8,4	- 8,8	- 9,0	- 9,5
Kapitalbilanz ⁷⁾	+ 9,8	+ 6,6	+24,1	+ 1,7	-40,6	.	-30,6	-21,1	-19,1	- 50,6	-101,0	.
Langfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	+16,3	+13,6	+41,2	+48,5	+27,2	.	-18,0	-11,5	+ 1,9	- 6,3	.	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 6,5	- 7,0	-17,1	-46,8	-67,8	.	-12,6	- 9,6	-21,0	- 44,3	.	.
Devisenbilanz ⁹⁾	-15,1	-19,1	- 5,0	-27,8	-17,7	.	- 8,6	-10,2	+15,4	- 13,9	- 19,0	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	- 0,2	+ 1,8	+ 2,8	- 3,9	- 1,2	.	- 0,1	-	- 0,2	-	- 0,1	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	-19,6	-21,7	- 5,0	-25,6	-18,8	.	- 7,3	- 9,9	+15,0	- 15,0	- 17,7	.
Position b. Weltwährungsfonds ¹⁰⁾ 11)	+ 4,7	+ 0,8	- 2,8	+ 1,7	+ 2,3	.	- 1,2	- 0,3	+ 0,6	- 1,1	- 1,2	.

1) Z.T. geschätzt.- 2) Geschätzt.- 3) EG, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.- 4) USA, Kanada, Japan.- 5) Als Restsaldoen errechnet, die allerdings auch aufgrund von Unterschieden in der Erfassung einzelner Zahlungsbilanzposten entstehen; Kapital- und Devisenbilanz weichen von den Restsaldoen um den Betrag ab, um den sich die nicht gesondert ausgewiesenen Devisenverpflichtungen von Hartwährungsländern änderten.- 6) Erdölländer in der Abgrenzung des IMF.- 7) Nettokapitalexport (-), -import (+).- 8) Einschl. statistischer Diskrepanz.- 9) Bestandszunahme (-), -abnahme (+).- 10) Einschl. Sonderziehungsrechte.- 11) Einschl. Verpflichtungen des Weltwährungsfonds.

Quellen: International Financial Statistics; Nationalstatistiken.
Geschätzte und prognostizierte absolute Werte gerundet.

In Großbritannien hat sich zwar der Produktionsrückgang in der ersten Hälfte dieses Jahres fortgesetzt. Immer mehr Indikatoren deuten nun aber darauf hin, daß er bald zum Stillstand kommt. So ist die Produktion der verarbeitenden Industrie zuletzt nicht mehr geschrumpft, nachdem sie zuvor stark rückläufig gewesen war. Es stellt sich damit die Frage, ob die Rezession, die von der britischen Regierung als Reinigungskrise hingenommen worden war, wie erhofft die Startbedingungen für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum geschaffen hat.

Folgende Ziele waren vor allem angestrebt worden: Erstens sollte die Inflation beträchtlich verlangsamt werden, zweitens sollte die Einkommensverteilung im Sinne einer einseitig angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zugunsten der Unternehmer verändert werden, und drittens sollte der Staatseinfluß vermindert und damit eine von Crowding-out-Effekten unbehinderte Entfaltung der privaten Wirtschaft ermöglicht werden. Keines dieser Ziele konnte so, wie es angestrebt worden war, erreicht werden.

Der Preisauftrieb, der sich nach dem Regierungswechsel zunächst erheblich beschleunigt hatte, schwächte sich zwar ab, ist jetzt aber nicht geringer als vor Antritt der konservativen Regierung im Frühjahr 1979. Die Verteilungsrelation, die sich rezessionsbedingt zunächst zuungunsten der Unternehmen verschoben hatte, hat sich für diese nicht einmal so verbessert, daß sie ihre relative Einkommensposition vom Jahre 1979 wieder erreichen konnten. Am gravierendsten ist das Ziel, den Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt zu vermindern, verfehlt worden. Dieser Bemühung blieb der Erfolg bisher nicht zuletzt deswegen versagt, weil die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit eine Steigerung der staatlichen Transferzahlungen nach sich zog. Zudem gelang es nicht, das staatliche Haushaltsdefizit wie erstrebt abzubauen. Es dürfte auch in der ersten Hälfte dieses Jahres noch über dem im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1979 gelegen haben.

Das einseitige, an den Ratschlägen der monetaristischen Schule orientierte wirtschaftspolitische Vorgehen der britischen Regierung verspernte zudem der Wirtschaft einen Ausweg, in dem Unternehmen bei Wirtschaftsschrumpfung gewöhnlich Zuflucht suchen: das Ausweichen auf die Auslandsmärkte, um durch verstärkten Export die Erlöseinbußen so gering wie möglich zu halten. Da sich die britische Regierung nicht den Regeln des EWS unterwarf, sondern einen frei flexiblen Pfundkurs vorzog, hatte die von ihr verfolgte monetäre Restriktionspolitik, die ein sehr hohes Zinsniveau nach sich zog, einen Anstieg des Pfundkurses zur Folge, der die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft derart verschlechterte, daß die Exporte Großbritanniens nicht zunahmen, sondern real ebenfalls schrumpften.

Die britische Regierung hat nicht zuletzt unter dem Eindruck dieser Wechselkurs- und Außenwirtschaftsentwicklung ihren geldpolitischen Restriktionskurs gelockert und damit dazu beigetragen, daß die Rezession zum Stillstand kommen wird. Die mit der geldpolitischen Lockerung verbundene Zinssenkung hat dann auch dazu geführt, daß der Pfundkurs fiel. Dadurch wurde zwar die britische Wettbewerbsposition und Exportfähigkeit verbessert. Gleichzeitig sind aber die Importpreise erneut gestiegen, so daß die weitere Inflationsbekämpfung erschwert worden ist. Den Erfolgchancen eines Versuches, durch Lockerung der Geldpolitik und Zinssenkung die Investitionen zu stimulieren sowie durch die sich ergebende Pfundabwertung die Exporte anzuregen, sind somit Grenzen gesetzt. Zudem konnten mit der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik nicht die Bedingungen für ein gedeihliches Expansionsklima geschaffen werden. Daher ist auch von dieser Seite kein nachhaltiger Wachstumsanstoß zu erwarten. Zu expansiv wirkenden finanzpolitischen Maßnahmen will aber die britische Regierung nicht greifen, weil sie hierin — soweit es sich um die Steigerung öffentlicher Ausgaben handelt — entweder eine wirkungslose Strategie sieht oder weil sie hierfür — soweit Steuersenkungen in Betracht kämen — wegen des bereits hohen Budgetdefizits keinen Handlungsspielraum zu haben glaubt. Unter diesen Umständen ist nach dem Ende der Rezession bestenfalls mit einer schwachen Expansion zu rechnen, so daß die sogar im internationalen Vergleich außergewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit auch dann noch weiter zunehmen wird.

Anders als in Großbritannien, den USA und den meisten anderen westlichen Industrieländern wird in Frankreich das Gewicht der Wirtschaftspolitik wieder stärker auf nachfrageorientierte Strategien gelegt. Zwar verfolgt die Notenbank auch hier aus außenwirtschaftlichen Gründen eine Hochzinspolitik. Im finanzpolitischen Bereich wird aber versucht, deutliche expansive Impulse zu geben. Dies bedeutet eine radikale Abkehr von der in den letzten Jahren betriebenen Politik, die auf Wahrung des Haushaltsgleichgewichts und Zurückdrängung des öffentlichen Sektors gerichtet war.

Dieses Umschwenken in der Wirtschaftspolitik ist aber nicht nur durch den politischen Wechsel bedingt. Auch eine andere französische Regierung hätte sich einer solchen Politik in der Tendenz nicht entziehen können. Seit dem Herbst des letzten Jahres schwächt sich das Wachstum ab. Bei leicht rückläufiger Industrieproduktion und zunehmender Erwerbsbevölkerung ist die Arbeitslosigkeit bis zuletzt deutlich gestiegen. Im Rahmen eines ersten Sozial- und Konjunkturprogramms hat die Regierung daher eine Reihe von Maßnahmen beschlossen. Hierzu

zählen insbesondere kräftige Erhöhungen einiger Sozialleistungen und der Mindestlöhne, die auch auf das allgemeine Lohnniveau ausstrahlen dürften. Darüber hinaus sollen im öffentlichen Sektor etwa 55 000 Arbeitsplätze zusätzlich, und zwar insbesondere für Berufsanfänger, geschaffen werden; hierfür sind Mittel in einer Größenordnung von umgerechnet 2,5 Mrd. DM vorgesehen. Ferner werden der privaten Wirtschaft umfangreiche Kreditsubventionen und Darlehen, vor allem zum Zwecke einer Anregung des Wohnungsbaus, zur Verfügung gestellt.

Die Steigerung der Masseneinkommen kann die Absatzerwartungen der Wirtschaft verbessern. Demgegenüber sind — trotz der Möglichkeiten zu verbilligter Finanzierung — die Auswirkungen der geplanten Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Investoren noch ungewiß. Diskussionen über Nationalisierungspläne, die beschlossene Einführung einer Vermögensteuer sowie Pläne für eine Neuordnung und räumliche Dezentralisierung von Wirtschaft und Verwaltung haben viele Investoren verunsichert. Dabei wird allerdings in der Dezentralisierung häufig auch ein mögliches Stimulans für die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen Frankreichs gesehen. Die Nationalisierungen andererseits werden vor allem heute faktisch schon weitgehend unter staatlicher Kontrolle stehende Wirtschaftsbereiche betreffen und den Anteil der öffentlichen Unternehmen an der Produktion des Unternehmensbereichs, der unter der Regierung Barre mit 12 vH ausgewiesen wurde, auf nicht mehr als etwa 17 vH erhöhen. Da inzwischen klargestellt worden ist, daß weitere Verstaatlichungen nicht geplant sind, dürften hieraus keine größeren negativen Einflüsse auf die Wirtschaft resultieren. Negativer könnte die vorgesehene verstärkte Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen auf die privaten Investoren wirken. Allerdings werden mögliche negative Effekte dadurch gemildert, daß die zusätzlichen Einnahmen erklärtermaßen vor allem zur Finanzierung beschäftigungspolitischer Maßnahmen eingesetzt werden sollen. Das Budgetdefizit wird 1981 bei etwa 2,5 vH des Bruttoinlandsprodukts und damit immer noch weit unter dem internationalen Durchschnitt liegen.

Insgesamt sind die stimulierenden Nachfrage- und Kostensenkungseffekte der Wirtschaftspolitik höher einzuschätzen als mögliche negative Wirkungen bei den Investoren. Damit sind die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für einen allmählichen, länger anhaltenden konjunkturellen Aufschwung gegeben; sie würden durch das schon lange erwartete Realignment im EWS noch verbessert. Wegen der verzögerten Wirkung der Maßnahmen wird sich 1981 voraussichtlich nur ein bescheidenes Wirtschaftswachstum von etwa 0,5 vH ergeben, ein besseres Ergebnis

indes als in den meisten anderen europäischen Industrieländern.

Die wirtschaftliche Entwicklung Italiens in den letzten zwei Jahren ist durch eine Folge konjunktureller Wechselbäder gekennzeichnet. So nahm das Bruttosozialprodukt 1980 trotz einer deutlichen Rezession im Sommerhalbjahr durchschnittlich um 4 vH und damit am stärksten unter den europäischen Industrieländern zu, da im ersten und letzten Quartal des vergangenen Jahres hohe Zuwachsraten zu verzeichnen waren. Auch im ersten Quartal dieses Jahres lag das Produktionsniveau saisonbereinigt noch knapp über, im zweiten Quartal dagegen leicht unter dem Vorquartalsniveau.

Die neuerliche Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit ist insbesondere auf einen deutlichen Rückgang der Investitionen zurückzuführen und wurde durch die zu Beginn dieses Jahres getroffenen restriktiven Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik verstärkt. Anlaß für diese Maßnahmen waren sowohl der anhaltende Inflationsdruck — seit zwei Jahren steigen die Lebenshaltungskosten mit einer Jahresrate von etwa 20 vH — als auch das hohe und in der ersten Jahreshälfte noch gestiegene Defizit im Außenhandel. Als Folge der Abwertung der Lira in den ersten Monaten 1981 haben sich zwar die Voraussetzungen für eine außenwirtschaftliche Erholung verbessert, die Chancen zur Bekämpfung der Inflation wurden dadurch aber verschlechtert, da sich insbesondere die Importe von Erdöl und Erdölprodukten bei steigendem Dollarkurs noch verteuern.

Zu den restriktiven Wirkungen der Geldpolitik — vor allem auf die Investitionen — kam, daß bei rascher Geldentwertung insbesondere die realen Transfereinkommen sanken und zum Rückgang des privaten Verbrauchs beitrugen. Dieser Rückgang wäre noch ausgeprägter gewesen, hätte sich nicht gleichzeitig die Sparquote um mehr als zwei Prozentpunkte vermindert. Gestützt wird die Nachfrage noch durch die öffentlichen Ausgaben, deren reale Zunahme im Gegensatz zur gegenwärtigen Situation in Frankreich allerdings nur zu einem geringen Teil das Ergebnis bewußt eingesetzter stimulierender Finanzpolitik ist. Der Anstieg beruht vielmehr auf gesetzlich vorgeschriebenen oder ungeplanten Ausgaben, z. B. für die Erdbengebiete. Infolge der Ausgabenerhöhung und der konjunkturell bedingten Verlangsamung des Einnahmewachses wird sich das Finanzierungsdefizit des Gesamtstaates auch 1981 noch leicht erhöhen und fast 10 vH des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Die restriktive geldpolitische Linie der italienischen Notenbank bewirkte, daß die Wachstumsrate der Geldmenge von 20 auf derzeit 11 vH abnahm und sich damit seit Anfang 1980 fast halbiert hat.

Es ist nicht erstaunlich, daß sich die wirtschaftliche Aktivität stark abschwächte. So ist die Arbeitslosenquote inzwischen auf knapp 9 vH gestiegen. Allerdings hat Italien bei dem hohen Defizit seiner Leistungsbilanz keinen außenwirtschaftlichen Spielraum für eine autonome Geldpolitik. Eine aus arbeitsmarktpolitischen Gründen erforderliche Lockerung des geldpolitischen Restriktionskurses würde den Abwertungsdruck auf die Lira verschärfen und damit der Inflation neuen Auftrieb geben.

Am wenigsten sieht sich gegenwärtig Japan durch die Hochzinspolitik in den USA in seinem geldpolitischen Handlungsspielraum eingeengt. Da Japan in diesem Jahr wieder einen Leistungsbilanzüberschuß erzielt, zwingen Außenwirtschaftsrücksich-

ten nicht zu einer konjunkturwidrigen monetären Restriktionspolitik. Durch vorsichtige Lockerung des geldpolitischen Kurses hat die japanische Notenbank eine Zinssenkung erreicht. Allerdings hat dies bisher weniger die Investitionen angeregt als bei weiterhin sinkendem Yen-Kurs exportstützend gewirkt. Das Exportwachstum schwächte sich daher im bisherigen Verlauf des Jahres — anders als zunächst erwartet — nur geringfügig ab. Wenn Japan nach wie vor stärker als die übrigen Länder expandiert, so ist das also immer noch vor allem auf seine Exporterfolge zurückzuführen und nicht so sehr darauf, daß es der japanischen Regierung schon gelungen wäre, das binnenwirtschaftliche Wachstum im erstrebten Ausmaß zu forcieren.

Bundesrepublik Deutschland: Konjunkturflaute setzt sich fort

Unter dem Einfluß hoher Belastungen durch eine außerordentlich restriktive Geldpolitik und zunehmende finanzpolitische Drosselung bei gleichzeitig stark steigenden Einfuhrpreisen setzt sich in der Bundesrepublik Deutschland die Konjunkturflaute auch in den Sommermonaten fort. Daß das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau dabei nicht weiter abgeleitet, sondern sich seit Jahresbeginn auf eine Stagnationslinie eingependelt hat, ist allein den Impulsen zu verdanken, die von der Auslandsnachfrage kommen.

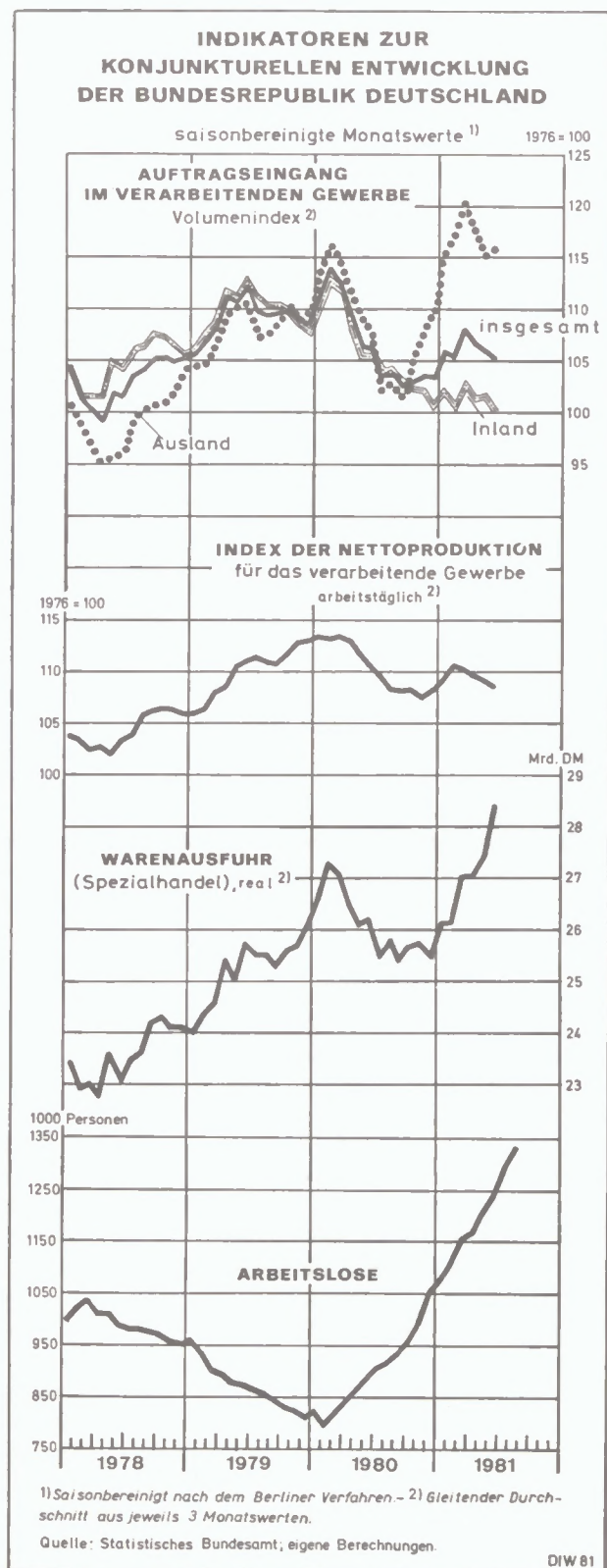
Die jüngsten finanzpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung werden sich wahrscheinlich, noch bevor sie in Kraft getreten sind, zusätzlich dämpfend auf die Wirtschaftsaktivität auswirken, da damit insbesondere bei den Verbrauchern die Unsicherheit nicht vermindert, sondern vergrößert wird.

Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes verharrt unter Schwankungen seit Ende letzten Jahres auf etwa dem gleichen Niveau. Sie ist damit jedoch weiterhin deutlich, nämlich um etwa 2,5 vH, niedriger als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Der Blick auf die Entwicklung des realen Auftragseingangs beim verarbeitenden Gewerbe seit Herbst letzten Jahres zeigt, daß die relative Stabilisierung der Produktion eindeutig auf die kräftig steigende Nachfrage des Auslands zurückzuführen ist. Diese ist gegenwärtig um fast 15 vH höher als im Herbst letzten Jahres, dem Tiefstand der letzten drei Jahre. Dagegen hat sich die Inlandsnachfrage beim verarbeitenden Gewerbe noch nicht von der Talsohle lösen können. Hier ist lediglich zu vermerken, daß sich die steile Abwärtsbewegung, welche die Entwicklung im Laufe des Jahres 1980 gekennzeichnet hatte, nicht mehr fortsetzt. Wahrscheinlich wäre die Tendenz der Inlandsnachfrage noch ungünstiger, würde nicht die Exportnachfrage auch die Dispositionsbereitschaft der inländischen Produzenten anregen.

Stärker als früher neigt eine allein von der Auslandsnachfrage gestützte Binnenkonjunktur zur Labi-

lität. Wie die Entwicklung der Bestellungen aus dem Ausland im bisherigen Jahresverlauf gezeigt hat, lassen die starken Schwankungen von Monat zu Monat, ausgelöst sowohl von gelegentlichen Großaufträgen als auch von Spekulationen über die weitere Entwicklung des Außenwertes der D-Mark, immer wieder Zweifel an der Dauerhaftigkeit dieser einzigen Konjunkturstütze aufkommen. Jedoch sprechen nicht nur die hohen und zudem relativ gleich auf die Gruppen des verarbeitenden Gewerbes verteilten Auftragseingänge im Juli dafür, daß zumindest für die nächsten Monate mit dieser Stütze weiterhin gerechnet werden kann, sondern auch der die preisliche Wettbewerbsfähigkeit begünstigende Wechselkurs der D-Mark insbesondere im Verhältnis zu US-Dollar und Yen. Die Einschätzung einer Stabilisierung des Exportgeschäfts zeigte sich zuletzt auch bei den am Konjunkturtest des Ifo-Instituts, München, beteiligten Unternehmen: Die Exporterwartungen waren dort per Saldo wieder positiv.

Völlig anders als beim verarbeitenden Gewerbe ist die Entwicklung in dem von Auslandseinflüssen nur sehr wenig berührten Baugewerbe. Hier täuscht die statistisch ermittelte Produktionstendenz, die seit



Jahresbeginn nach oben zeigt, über die tatsächliche konjunkturelle Lage. In der Entwicklung der Produktion des Bauhauptgewerbes spielten nämlich Witterungsfaktoren die entscheidende Rolle. Sie führten

zu einer besonders starken Drosselung der Produktion im Winter; zu der danach folgenden „Normalisierung“ kamen offenbar Versuche, die witterungsbedingten Produktionsausfälle zum Teil wieder aufzuholen. Sie führten zu einem über den Erwartungen liegenden Produktionsniveau. Dabei hat sich die Auftragsdecke der Firmen, gemessen an der Reichweite des Auftragsbestandes, wieder erheblich vermindert. Dies wird zu weiteren Produktionseinschränkungen in den kommenden Monaten zwingen. Bei dem hohen Anteil der Bauwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bedeutet dies ein beträchtliches Gegengewicht gegenüber den Stabilisierungstendenzen, die vom verarbeitenden Gewerbe ausgehen.

Die sich in der Grundtendenz der Bauproduktion und der realen Bauinvestitionen widerspiegelnden wirtschaftspolitischen Einflußfaktoren, nämlich die restriktive Geld- und Finanzpolitik, greifen nun offenbar auch auf die bisher relativ konstant gebliebenen Ausrüstungsinvestitionen über: Beim Maschinenbau wie auch bei den Herstellern von elektrotechnischen Investitionsgütern sind die realen Auftragseingänge aus dem Inland tendenziell rückläufig, was in den kommenden Monaten wohl auch bei den realen Inlandsumsätzen der Hersteller und damit bei den Anlageinvestitionen der Investoren zum Ausdruck kommen wird.

Stagnierende oder sogar rückläufige Produktion vermindert in den betroffenen Wirtschaftsbereichen die Möglichkeit zur Realisierung von Produktivitätsfortschritten, denn der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten wie auch der eingesetzten Arbeitskräfte geht dabei in der Regel zurück. So ist auch gegenwärtig die Produktivität je Arbeiterstunde im produzierenden Gewerbe gedrückt, wenn ihre Tendenz auch nicht mehr, wie während der Abschwungphase im Vorjahr, rückläufig ist. Vor allem deshalb haben die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe trotz der mäßigen Abschlüsse in der diesjährigen Lohnrunde eine deutlich steigende Tendenz. Zusammen mit den stark erhöhten Preisen für importierte Vorleistungsgüter ergibt sich ein spürbarer Druck auf die Unternehmenserträge, der bei den außerordentlich ungünstigen Konditionen der Fremdfinanzierung die Investitionsneigung beeinträchtigt.

Die Möglichkeit, höhere Kosten in höheren Preisen an die Kunden weiterzugeben, sind bei der schwachen Nachfrage eng begrenzt. Zwar sind die Preise für Güter und Dienste des privaten Verbrauchs in den letzten Monaten wieder verstärkt gestiegen; sie waren im August um 6 vH höher als im entsprechenden Vorjahrsmonat. Die Weitergabe höherer Inlandskosten hat dabei aber kaum eine Rolle gespielt. Besonders kräftig gestiegen sind nämlich die Preise von Gütern mit hohem Input an Energie bzw. importierten Rohstoffen. Dies betrifft

nicht nur Mineralölherzeugnisse und Erdgas, sondern auch die Strompreise sowie energieintensiv erzeugte Produkte aus den Bereichen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes wie auch des Verbrauchsgütergewerbes. Bei den Erzeugnissen des Investitionsgütergewerbes, bei denen der Einfluß von importierten Kostensteigerungen relativ gering ist, waren die Preise im Inlandsabsatz zuletzt nur um 4 vH höher als Mitte vorigen Jahres; tendenziell hat sich hier der Preisauftrieb sogar verlangsamt, ein Indiz für die im internationalen Vergleich nach wie vor hohe Preisstabilität in der Bundesrepublik.

Die unerwünscht kräftigen Steigerungen der Verbraucherpreise haben inzwischen zu einer deutlichen Verminderung der realen Einkommen der privaten Haushalte geführt. So hat die Preissteigerungsrate im zweiten Quartal dieses Jahres den Anstieg der Nettolohn- und -gehaltssumme der Arbeitnehmer spürbar übertroffen: Der Preisanstieg war um fast einen vH-Punkt höher; in den Sommermonaten hat sich dieses Verhältnis noch weiter verschlechtert. Schon aus diesen Gründen trägt der private Verbrauch, anders als in früheren Phasen konjunktureller Schwäche, nicht zur Stabilisierung der Gesamtnachfrage bei, sondern er zählt zu den Komponenten, die sie vermindern. Die Umsätze des Einzelhandels konnten in dieser Konstellation ihr Vorjahresergebnis real nicht mehr erreichen, sondern blieben in den letzten Monaten um 2 bis 3 vH darunter.

Wie nicht anders erwartet werden konnte, ist bei der anhaltend ungünstigen konjunkturellen Situation die Arbeitslosigkeit unverändert stark gestiegen. Sie betrug im August knapp 1,3 Millionen, saisonbereinigt schon 1,35 Millionen Personen. Die Arbeitslosigkeit liegt damit um 500 000 Personen über dem zur Jahreswende 1979/80 erreichten Tiefstand.

Ausblick

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es auch in den kommenden Monaten zu keiner konjunkturellen Erholung kommen wird. Wachstumsschwäche und weiter zunehmende Arbeitslosigkeit werden damit auch die Entwicklung im zweiten Halbjahr 1981 kennzeichnen. Weiterhin werden die vier im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gesteckten gesamtwirtschaftlichen Ziele gravierend verfehlt werden. Oberflächlich betrachtet könnte man glauben, daß damit die Konstellation, wie sie nun schon seit geraumer Zeit besteht, im Grunde unverändert bleiben werde.

Eine differenziertere Analyse führt allerdings zu dem Schluß, daß die nächste Zeit Verschiebungen im Grad der Zielverfehlungen bringen wird. Dies wird in erster Linie für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, gemessen am Saldo der Leistungsbilanz, zutreffen. Schon in den letzten Monaten hat sich das Defizit nach dem Rekordfehlbetrag im ersten Viertel

dieses Jahres fühlbar zurückbildet. Die Aktivierung der Handelsbilanz, auf die diese Entwicklung zurückgeht, dürfte sich fortsetzen. Damit entstehen günstigere Voraussetzungen auch für die Wechselkursentwicklung: Deutlich niedrigere Leistungsbilanzdefizite werden bei der Wechselkursbildung wieder vermehrt den Bestimmungsgrund „Inflationsdifferenzen“ zur Geltung kommen lassen. Eine baldige Wiederaufwertung der D-Mark könnte nicht als überraschend angesehen werden. Aber schon, wenn sich der Wechselkurs nicht weiter verschlechterte, würde dies zu einer Eindämmung der importierten Preissteigerungen führen und damit auch zu einer Verlangsamung im Anstieg der Verbraucherpreise. Da anzunehmen ist, daß bei einer Aufwertung der D-Mark ein Kurs erreicht wird, der deutlich niedriger ist als der Höchstkurs des Vorjahres, dürfte zudem die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen weiter hoch bleiben. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und die Preisstabilität erscheinen aus dieser Sicht für die kommende Zeit als weniger gefährdet als bisher.

Für die beiden übrigen Ziele ist dagegen eine derart positive Entwicklung nicht in Sicht. Auf erneutes Wirtschaftswachstum kann allenfalls für einen noch ungewissen Zeitpunkt im Laufe des Jahres 1982 gehofft werden; damit wird zugleich das Beschäftigungsziel in zunehmendem Maße verfehlt. Die Hoffnungen, daß die Wirtschaftspolitik einen Beitrag zur Überwindung der Wachstumsschwäche leisten wird, können nur als vage bezeichnet werden: Bei der Geldpolitik könnte zwar eine Verbesserung des Wechselkurses der D-Mark auch aus der Sicht der Bundesbank einen gewissen Spielraum für eine Zinssenkung schaffen. Dies wäre für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung schon deshalb von nicht unerheblicher Bedeutung, weil damit eine Bremse für einen verstärkten Aufbau der Vorräte bei Produzenten und Handel weniger kräftig ziehen würde. Auf die Anlageinvestitionen, insbesondere auf den Wohnungsbau, würde aber eine heute einsetzende geldpolitische Lockerung erst mit großer Verzögerung wirken.

Von der Finanzpolitik sind dagegen sogar verstärkte Restriktionen ins Kalkül zu nehmen. Die Kabinettsbeschlüsse für den Bundeshaushalt 1982, die auch die Finanzpolitik der Länder und Gemeinden beeinflussen werden, zeigen, daß die staatliche Nachfrage deutlich unter dem Potentialpfad bleiben wird. In prozyklischer Weise wird der Staat damit zur Nachfrageschwäche beitragen. Dies ist das Gegenteil von dem, was dem Gebot der Nachfragestimulierung entsprechen würde. Die wichtigste Begründung für diesen Verzicht ist, daß nachfragepolitische Maßnahmen heute nicht mehr den Erfolg brächten, wie er früher zu beobachten war, sondern im Gegenteil zur Verschlechterung der Situation beitragen. Ein

Beweis für diese These konnte bisher nicht erbracht werden. Zwar ist richtig, daß bei hoher außenwirtschaftlicher Verflechtung eines Landes die Multiplikatorwirkung von nachfragepolitischen Maßnahmen geschmälert wird. Auch hohe Inflationsraten können diese Wirkungen beeinträchtigen. Dieser zweite Grund liegt aber in der Bundesrepublik gegenwärtig nicht vor. Schon deshalb kann man aber den nun angepeilten finanzpolitischen Kurs nicht als angemessen bezeichnen. Er wäre allein in einer konjunkturellen Überhitzungsphase angezeigt, keinesfalls aber auf der konjunkturellen Talsohle. Das finanzpolitische Bemühen um Konsolidierung fällt in die falsche Zeit.

Hinzu kommt, daß die beschlossenen Maßnahmen keine Umstrukturierung zu den wachstums- und beschäftigungspolitisch wichtigen Ausgabenarten erkennen lassen. Hoffnungen der wirtschaftspolitischen Instanzen auf investitionsanregende Effekte gründen sich offenbar allein auf die Modifizierung der Abschreibungsbedingungen, die im Ansatz zwar in die richtige Richtung weist, bei der aber sowohl die Frage nach der Höhe der Mitnahmeeffekte als auch die nach der Länge der Lags ein zurückhaltendes Urteil nahelegen.

Zweifel ergeben sich auch im Hinblick auf die Ausgewogenheit der mit den geplanten Einsparungen verbundenen Einkommenskürzungen. Dies gilt nicht nur für die Kürzung des Kindergeldes um die Beträge, um die es soeben erst erhöht worden ist.

Es gilt z. B. auch für die verschiedenen Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Dienstes. Hier ist wohl zu wenig geprüft worden, wie groß die Gefahr einer Kumulation bei einzelnen Beschäftigten ist. Zu fürchten ist, daß es in bestimmten Fällen zu entscheidenden Verschlechterungen der Einkommensposition kommen wird.

In der Diskussion über die Konsolidierungsmaßnahmen ist für kurze Zeit auch von einem Programm zur Verbesserung der Beschäftigungslage, das mit 1,5 Mrd. DM dotiert sein sollte, die Rede gewesen. Der Verzicht darauf, ein solches Mini-Programm zu beschließen, kann nicht bedauert werden. Denkt man an die Größenordnungen der für eine Belebung des Wachstums und eine Verbesserung der Beschäftigung im Jahr 1982 tatsächlich erforderlichen staatlichen Mittel, hätte es lediglich eine Alibifunktion haben können. Denn nach den bisher bekannt gewordenen Planungen sollen die Investitionshaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im kommenden Jahr um etwa 5 Mrd. DM niedriger sein als die entsprechenden Ist-Ausgaben des Jahres 1981. Konjunkturell erforderlich wäre indes statt einer Einschränkung eine Anhebung, und zwar um mindestens den Betrag, um den gekürzt werden soll. Abzuwarten bleibt, ob sich die Finanzpolitik unter dem Eindruck der auf neue Rekordniveaus zustrebenden Arbeitslosigkeit schließlich doch noch für einen angemessenen Kurs entscheidet.

Investitionen und Anlagevermögen in den staatlichen Aufgabenbereichen

Staatlichen Investitionen wird im allgemeinen ein hoher Stellenwert für die Entwicklung einer Volkswirtschaft beigemessen. In kurzer Sicht sind sie aufgrund ihrer Einkommenswirkungen wie die Investitionen des privaten Bereichs mitentscheidend für den Konjunkturverlauf. Unter langfristigem Aspekt ist wichtig, daß sie das staatliche Anlagevermögen, d. h. das Infrastrukturkapital einer Volkswirtschaft, erhöhen; sie sind damit Voraussetzung sowohl für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten der Bevölkerung als auch für die Wachstumschancen der Wirtschaft.

Die Ausstattung der Volkswirtschaft mit Infrastruktureinrichtungen wird zumeist anhand von Indikatoren beurteilt, die in Mengeneinheiten definiert sind, z. B. die Zahl der Klassenräume, die verfügbaren Krankenhausbetten oder die Länge des Straßennetzes. Derartige Indikatoren haben den Nachteil, daß sie zum einen untereinander nur schwer vergleichbar sind und zum andern auch kaum mit Investitionsplanungen in Geldeinheiten in Verbindung gebracht werden können. Für viele Zwecke besser geeignet ist das in Geldgrößen bewertete Anlagevermögen, das sich für die staatlichen Aufga-

benbereiche nach den gleichen Prinzipien berechnen läßt wie für die Sektoren im Unternehmensbereich.

Voraussetzung für eine solche Berechnung sind Zeitreihen der Investitionen in den staatlichen Aufgabenbereichen und Vorstellungen über die Nutzungsdauer der Anlagen¹.

Der staatliche Bereich wird hier entsprechend den Konventionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrech-

¹ Diese Rechnung ist in anderer Abgrenzung schon früher vom DIW durchgeführt worden; vgl. Öffentliches Anlagevermögen in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Bernd Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 24/1973.

Bruttoanlageinvestitionen¹⁾ in den staatlichen Aufgabenbereichen
zu Preisen von 1970

	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
in Mrd.DM																
Allgemeine staatl. Verwaltung	1,25	1,45	1,50	1,44	1,25	1,24	1,36	1,45	1,53	1,60	1,72	1,97	1,99	2,07	1,99	2,23
Verteidigung ²⁾	0,33	0,27	0,26	0,27	0,27	0,25	0,24	0,23	0,18	0,19	0,15	0,20	0,17	0,16	0,13	0,14
Unterrichtswesen	4,24	5,53	5,77	5,67	4,89	5,25	5,68	6,85	7,31	6,94	6,87	7,31	6,99	6,27	5,34	4,91
Gesundheitswesen	1,35	1,68	1,82	1,88	1,68	1,76	1,70	1,96	1,91	1,88	1,95	2,17	2,25	2,11	2,12	2,41
Soziale Sicherung	0,52	0,56	0,51	0,53	0,46	0,47	0,43	0,54	0,66	0,75	0,85	0,98	0,93	0,83	0,70	0,69
Stadt- u. Landesplanung	0,14	0,14	0,15	0,16	0,17	0,20	0,25	0,19	0,22	0,25	0,24	0,23	0,27	0,37	0,34	0,38
Komm. Einr., Umweltschutz	3,01	3,68	3,64	3,64	3,02	3,36	3,65	4,07	4,01	3,87	3,94	4,46	4,22	4,76	4,37	5,06
Sonst.Dienste f.d.Allgemeinh.	0,91	1,07	0,99	0,96	0,76	0,79	0,98	1,18	1,30	1,46	1,54	1,81	1,80	1,72	1,46	1,57
Wirtschaft ³⁾	0,62	0,79	0,73	0,74	0,54	0,63	0,72	0,69	0,66	0,73	0,71	0,72	0,71	0,70	0,69	0,73
Verkehr u.Nachrichtenübermittl.	7,68	9,15	9,08	9,55	9,26	9,91	11,01	12,12	11,40	10,98	10,41	10,46	10,20	9,72	10,31	10,72
Aufgabenbereiche insgesamt	20,05	24,32	24,45	24,84	22,30	23,86	26,02	29,28	29,18	28,65	28,38	30,31	29,53	28,71	27,45	28,84
Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr in vH																
Allgemeine staatl. Verwaltung		16,0	3,4	-4,0	-13,2	-0,8	9,7	6,6	5,5	4,6	7,5	14,5	1,0	4,0	-3,0	12,1
Verteidigung ²⁾		-18,2	-3,7	3,8	0,0	-7,4	-4,0	-4,2	-21,7	5,6	-21,1	33,3	-15,0	-5,9	-18,8	7,7
Unterrichtswesen		30,4	4,3	-1,7	-13,8	7,4	8,2	20,6	6,7	-5,1	-1,0	6,4	-4,4	-10,3	-14,8	-8,1
Gesundheitswesen		24,4	8,3	3,3	-10,6	4,8	-3,4	15,3	-2,6	-1,6	3,7	11,3	3,7	-6,2	0,5	13,7
Soziale Sicherung		7,7	-8,9	3,9	-13,2	2,2	-8,5	25,6	22,2	13,6	13,3	15,3	-5,1	-10,8	-15,7	-1,4
Stadt- u. Landesplanung		0,0	7,1	6,7	6,3	17,6	25,0	-24,0	15,8	13,6	-4,0	-4,2	17,4	37,0	-8,1	11,8
Komm. Einrichtungen, Umweltschutz		22,3	-1,1	0,0	-17,0	11,3	8,6	11,5	-1,5	-3,5	1,8	13,2	-5,4	12,8	-8,2	15,8
Sonst.Dienste f.d.Allgemeinh.		17,6	-7,5	-3,0	-20,8	3,9	24,1	20,4	10,2	12,3	5,5	17,5	-0,6	-4,4	-15,1	7,5
Wirtschaft ³⁾		27,4	-7,6	1,4	-27,0	16,7	14,3	-4,2	-4,3	10,6	-2,7	1,4	-1,4	-1,4	-1,4	5,8
Verkehr u.Nachrichtenübermittl.		19,1	-0,8	5,2	-3,0	7,0	11,1	10,1	-5,9	-3,7	-5,2	0,5	-2,5	-4,7	6,1	4,0
Aufgabenbereiche insgesamt		21,3	0,5	1,6	-10,2	7,0	9,1	12,5	-0,3	-1,8	-0,9	6,8	-2,6	-2,8	-4,4	5,1

1) ohne Käufe abzüglich Verkäufe von Land.-2) Nur Verwaltung.-3) Ohne Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1 und S. 4, Fachserie 14, Reihe 3.1; Berechnungen des DIW.

nung (VGR) abgegrenzt, d. h., er umfaßt die Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) sowie die Sozialversicherung; die öffentlichen Unternehmen und die Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung bleiben unberücksichtigt. Diese Definition ist jedoch nicht in allen Fällen befriedigend. Deshalb werden z. T., soweit die Entwicklung der gesamten Investitionen und des gesamten Anlagevermögens angesprochen wird, auch die Wirtschaftsbereiche Verkehr (im wesentlichen Bundesbahn, kommunale Verkehrsbetriebe, Häfen) und Nachrichtenübermittlung (Bundespost) sowie die Wasser- und Energieversorgungsunternehmen einbezogen. (= öffentlicher Bereich).

Die Abgrenzung der staatlichen Aufgabenbereiche folgt der neuerdings vorgenommenen Unterteilung der VGR². Die Entwicklung des nach Aufgabenbereichen differenzierten staatlichen Anlagevermögens eignet sich als Grundlage für die Beurteilung einer Reihe von Fragestellungen. So lassen sich z. B.

- strukturelle Verschiebungen innerhalb staatlicher Aktivitäten analysieren³,

- Überlegungen zur Bedeutung von Ersatzinvestitionen in einzelnen Aufgabenbereichen anstellen,
- Unterschiede in der Kombination von (physischem) Infrastrukturkapital und Personal für verschiedene staatliche Leistungen nachweisen und somit auch
- die sogenannte Folgekostenproblematik staatlicher Investitionen und die damit zusammenhängende Zielkonformität staatlicher Leistungen diskutieren.

Staatliche Anlageinvestitionen

Die Investitionen in neue Anlagen (Bauten und Ausrüstungen), die vom Staat durchgeführt wurden, waren 1963 — zu jeweiligen Preisen gerechnet — mit 16,6 vH, 1978 mit 15,1 vH an den Investitionen aller Wirtschaftsbereiche beteiligt. Dies muß vor dem Hintergrund einer insgesamt sinkenden Investitionsquote bewertet werden. Die gesamten öffent-

² Vgl. VGR, Fachserie 18, Reihe S. 4.

³ Vgl. auch die Strukturberichterstattung 1980 des DIW, auf die ein Teil dieses Berichts zurückgreift.

lichen Investitionen, also einschließlich der Wirtschaftsbereiche Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Wasser- und Energieversorgung, hatten sogar einen Anteil von 30,1 vH bzw. 28,5 vH.

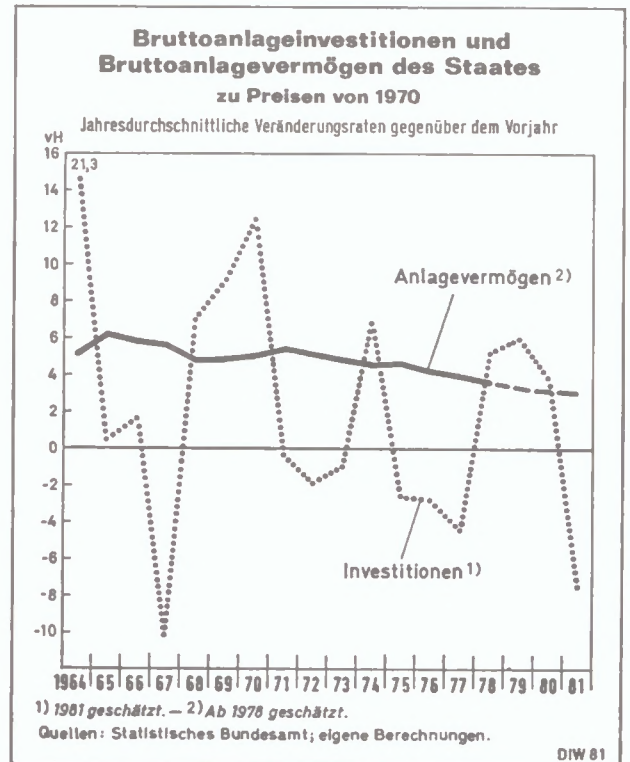
Die Bruttoanlageinvestitionen des Staates (zu Preisen von 1970) zeigen einen deutlichen konjunkturellen Verlauf (vgl. Schaubild). Von 1963 bis 1970 nahmen sie — vor allem wegen des starken Anstiegs im Jahre 1964 — noch um jahresdurchschnittlich knapp 6 vH zu. Danach stagnierten sie bis 1978. Lediglich 1974 war ein kräftiger Anstieg zu verzeichnen. Erst unter dem Einfluß des Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) haben in den Jahren 1978 bis 1980 auch die Investitionen des Staates wieder zugenommen, und zwar von 1977 bis 1980 um jahresdurchschnittlich 5,2 vH.

Bereits für das laufende Jahr ist aber erneut mit einem starken Rückgang der staatlichen Investitionen zu rechnen, der Anfang 1981 vom DIW auf real knapp 8 vH geschätzt worden ist⁴. Mittlerweile wird deutlich, daß sich die Investitionsnachfrage des Staates, besonders ausgeprägt im Tiefbau und hier vor allem im Straßenbau, noch stärker als erwartet verringern wird. Auch in mittelfristiger Perspektive scheint ein weiterer Rückgang vorprogrammiert: Folgt man den Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung⁵, so ist mit einer Verringerung der staatlichen Anlageinvestitionen in der Größenordnung von 4 vH im Jahresdurchschnitt (Preisbasis 1970) zu rechnen.

Unter dieser Voraussetzung sind negative Auswirkungen nicht nur auf die konjunkturelle Entwicklung zu erwarten, als kaum noch erreichbar erscheinen auch die mittelfristigen Zielprojektionen, die sich in Anbetracht der zu erwartenden Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt ohnehin bescheiden ausnehmen.

In den staatlichen Aufgabenbereichen war die Investitionsentwicklung in den vergangenen Jahren recht unterschiedlich. Auffallend stark sind in den siebziger Jahren die Investitionen im Unterrichtswesen zurückgegangen. Während von 1963 bis 1970 in diesem Bereich noch die höchsten Investitionssteigerungen aller Aufgabenbereiche zu verzeichnen waren (jahresdurchschnittlich um 7 vH), mußte dieser Bereich bis 1978 den stärksten Rückgang (5,5 vH) hinnehmen. Diese Einschränkung der Investitionen wurde vor allem mit Hinweis auf die demographisch bedingte Verringerung der Schüler- und Studentenzahlen begründet.

Eine ähnliche, wenn auch nicht so krasse Entwicklung ist für den staatlichen Verkehrsbereich (Straßen und Wasserstraßen) zu beobachten; nach kräftiger Expansion der Investitionen bis 1970 (um durchschnittlich knapp 7 vH) ist bis 1978 ein Rückgang um 1,5 vH eingetreten. Durch das ZIP, das sich auch im Verkehrsbereich ausgewirkt hat, dürfte diese Ent-



wicklung bis 1980 wieder umgekehrt worden sein. Darüber hinaus hat sich das ZIP, soweit staatliche Aufgabenbereiche betroffen sind, besonders im Bereich der Wirtschaft (wasserwirtschaftliche Maßnahmen wie Talsperren und Küstenschutz), aber auch im Bereich der kommunalen Einrichtungen und des Umweltschutzes (z. B. Rhein-Bodensee-Programm), der Stadt- und Landesplanung und der sonstigen Dienste für die Allgemeinheit (Sport und Erziehung, Kultur, Denkmalschutz) ausgewirkt⁶.

Anlageinvestitionen und Anlagevermögen

Der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen und des Bruttoanlagevermögens wird aus dem Schaubild für die Gesamtgrößen deutlich. Wie nicht anders zu erwarten, schlagen sich die Investitionszyklen nur sehr abgeschwächt in der Entwicklung des Anlagevermögens nieder. Nach der hier vorgelegten Rechnung hat sich das staatliche Anlagevermögen von 1963 bis 1978 — es betrug 1963 (zu Preisen von 1970) 338 Mrd. DM — mehr als

⁴ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1981. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1–2/1981.

⁵ Mittelfristige Finanzplanung der Gebietskörperschaften 1980 bis 1984. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/1981.

⁶ Eine genauere Beurteilung des ZIP ist bisher nicht möglich, da die Informationen über die Investitionsentwicklung in den einzelnen Aufgabenbereichen für die Kommunen nur bis 1978 reichen.

Bruttoanlagevermögen in den staatlichen Aufgabenbereichen
zu Preisen von 1970

	Mrd. DM			Vertikalstruktur in vH			Jahresdurchschnittliche Veränderungsraten in vH		Ersatzinvestitionen in vH der Bruttoin- vestitionen	
	1963	1970	1978	1963	1970	1978	1963/70	1970/78	1964	1978
Allgemeine staatliche Verwaltung	27,0	33,8	43,8	8,0	6,9	6,3	3,2	3,3	25	29
Verteidigung ¹⁾	9,3	10,5	10,9	2,7	2,1	1,6	1,7	0,6	37	93
Unterrichtswesen	52,3	85,8	134,2	15,5	17,6	19,4	7,3	5,8	9	17
Gesundheitswesen	26,0	35,5	48,5	7,7	7,3	7,0	4,6	4,0	18	20
Soziale Sicherung	10,6	13,2	18,3	3,1	2,7	2,6	3,2	4,2	20	23
Stadt- und Landesplanung	3,6	4,5	6,1	1,0	1,0	0,9	3,3	4,1	29	16
Kommunale Einrichtungen, Umwelt- schutz	54,8	76,0	105,7	16,3	15,6	15,3	4,8	4,2	11	11
Sonstige Dienste für die Allge- meinheit	11,3	17,1	28,5	3,3	3,5	4,1	6,8	6,6	7	9
Wirtschaft ²⁾	8,0	12,4	17,6	2,3	2,6	2,5	6,5	4,4	6	10
Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	135,5	197,9	279,4	40,1	40,7	40,3	5,6	4,4	5	5
Aufgabenbereiche insgesamt	338,4	486,7	693,0	100,0	100,0	100,0	5,3	4,5	10	13

1) Nur Verwaltung.-2) Ohne Verkehr und Nachrichtenübermittlung.
Quelle: Anlagevermögensrechnung des DIW

verdoppelt⁷. Die Zuwachsraten des Anlagevermögens lagen aber in der Periode 1970/78, wie aus der Tabelle und dem Schaubild ersichtlich, geringfügig unter denen der Periode 1963/70.

Der weitaus größte Teil des Anlagevermögens des Staates ist im Verkehrsbereich, in Straßen, Wasserstraßen und Brücken, gebunden; er blieb mit rund 40 vH über den gesamten Zeitraum in etwa konstant. Am stärksten hat sich der Anteil des Unterrichtswesens erhöht; selbst in den siebziger Jahren stieg er noch um fast zwei Prozentpunkte, obwohl die Veränderungsraten der Investitionen seit 1972 (mit Ausnahme von 1974) negativ waren. Die starke Zunahme der Investitionen in den Jahren davor bewirkt somit, daß vorerst die Veränderungsraten beim Bruttoanlagevermögen dieses Aufgabenbereichs überdurchschnittlich hoch bleiben werden. Deutlich wird aber auch, daß hier der Rückgang in den Zuwachsraten des Anlagevermögens von 1970 bis 1978 gegenüber dem Zeitraum 1963/70 am ausgeprägtesten war.

Die Stagnation der Bruttoanlageinvestitionen bis 1978 hat auch dazu geführt, daß der Anteil der Ersatzinvestitionen gestiegen ist. Für alle Aufgabenbereiche nahm dieser Anteil von 10 vH im Jahre 1964 auf 13 vH im Jahre 1978 zu⁸. Im Unterrichtswesen stieg dieser Anteil im gleichen Zeitraum sogar um acht Prozentpunkte. Nur im Bereich Stadt- und Landesplanung mit überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten der — vom Volumen her bislang geringen — Investitionen sank der Anteil der Ersatzinvestitionen.

Aus der generellen Abschwächung des Wachstums des staatlichen Anlagevermögens bzw. der unterschiedlichen Entwicklung in den einzelnen Auf-

gabenbereichen lassen sich nicht ohne weiteres Schlüsse über die Angemessenheit des staatlichen Kapitalstocks unter versorgungs- oder wachstums-politischen Gesichtspunkten ziehen.

Unter Versorgungsgesichtspunkten müßten entsprechende Normen in vergleichbarer Art operationalisiert werden. Aber selbst in diesem Fall ist auf Beschränkungen hinzuweisen, die aus der Art der Anlagevermögensrechnung resultieren. Schwierigkeiten ergeben sich insbesondere dann, wenn die Informationen über weit zurückliegende Vorgänge unzuverlässig oder so geartet sind, daß sie in einer notwendigerweise formalisierten Rechnung nicht angemessen berücksichtigt werden können. Unter diesem Aspekt interpretationsbedürftig sind z. B. die Bestände im Gesundheitswesen, die vermutlich überhöht sind, da altersstrukturbedingte ‚Sonderabgänge‘ nicht berücksichtigt werden konnten.

Für das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist — in globaler Betrachtung — nicht einmal so sehr das Wachstum des staatlichen Anlagevermögens als solches, sondern eher die Relation des staatlichen zum

⁷ Das Statistische Bundesamt unterstellt für den staatlichen Tiefbau eine unendliche Nutzungsdauer; vgl. H. Lützel, Das reproduzierbare Anlagevermögen in Preisen von 1962, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1971, S. 602. Diese Unterstellung wird nicht übernommen; die hier bzw. in der VGR für den Staat insgesamt ausgewiesenen Anlagevermögen stimmen schon aus diesem Grund nicht überein.

⁸ Dieser Anstieg ist deshalb nur so gering, weil die Tiefbauten mit ihrer langen Nutzungsdauer einen hohen Anteil am gesamten Anlagevermögen haben. Der aller Wahrscheinlichkeit nach vorliegende Trend sinkender Nutzungsdauern auch im Tiefbau kommt in diesen Rechnungen nicht voll zum Tragen, so daß der Anstieg des Anteils der Ersatzinvestitionen unterschätzt sein dürfte.

Anlagevermögen aller Wirtschaftsbereiche entscheidend, da zwischen dem Infrastrukturkapital und den Aktivitäten der Privaten vielfach Komplementaritäten bestehen. Oft schafft das Infrastrukturkapital erst die Voraussetzungen für die individuelle Entfaltung der Bevölkerung und für die Produktion der privaten Wirtschaft. Wenn auch die Zusammenhänge im einzelnen schwer nachzuweisen sind, so spricht doch vieles dafür, daß in hochentwickelten Volkswirtschaften der Anteil des Staates am gesamten Anlagevermögen im Zeitverlauf steigen muß.

Legt man die Anlagevermögensrechnung des DIW für alle Wirtschaftsbereiche zugrunde, so hatte das staatliche Anlagevermögen 1963 und 1978 einen Anteil von konstant 18,7 vH am gesamten Anlagevermögen aller Wirtschaftsbereiche. Berücksichtigt man auch die Unternehmensbereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Energie- und Wasserversorgung, so erhält man 29,9 bzw. 30,1 vH. Die Konstanz dieser Relationen läßt es somit als nicht sicher erscheinen, daß die Zunahme des Infrastrukturkapitals ausreichende Wachstumspotentiale geschaffen hat.

Bruttoanlagevermögen der Wirtschaftsbereiche
zu Preisen von 1970

	1963	1978	1963	1978
	Mrd. DM		in vH	
Energieversorgung	72,8	170,7	4,0	4,6
Verkehr und Nachrichten	130,6	252,7	7,2	6,8
Staat	338,4	693,0	18,7	18,7
Alle Wirtschaftsbereiche	1806,8	3702,3	100,0	100,0

Quelle: Anlagevermögensrechnung des DIW.

Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß sich jede wachstumspolitische Beurteilung der Wirkungen des Infrastrukturkapitals mit der bisher nicht gelösten Frage konfrontiert sieht, welche externen Effekte von den Vorleistungen der Infrastruktureinrichtungen ausgelöst werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang darüber hinaus, daß gerade in der jüngeren Vergangenheit die Infrastrukturpolitik eine Umorientierung erfahren hat. Neben die unmittelbaren Sachinvestitionen im staatlichen Bereich sind oftmals verstärkt Finanzhilfen und Steuervergünstigungen getreten, die die privaten Investitionen in wichtigen Problemfeldern (Umwelt, Energie, Stadterneuerung) initiieren sollten. In dem Umfang, in dem Investitionen erst aufgrund staatlicher Risikobeteiligung bzw. durch gemischte staatlich-private Unternehmen im nicht-staatlichen Bereich durchgeführt worden sind, ist dem Nachlassen der Wach-

tumsimpulse unmittelbarer staatlicher Investitionstätigkeit sicherlich entgegengewirkt worden.

Dabei darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß die Gefahr von Mitnahmeeffekten bei der öffentlichen Mitfinanzierung privatwirtschaftlicher Anlageinvestitionen um so größer ist, je lockerer der organisatorische Zusammenhang zwischen Staat und investierenden Unternehmen ist. Bei einer Verlagerung der investiven Mittel zu investitionswirksamen Subventionen ist daher nicht auszuschließen, daß sich bei gleichem Finanzierungsvolumen auch die Wachstumsimpulse verringern.

Staatliche Investitionen und ihre Folgekosten

Eine unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten erwünschte antizyklische Investitionsstrategie der Gebietskörperschaften, insbesondere der Gemeinden, unterbleibt oftmals nicht nur wegen der im Zusammenhang mit der Finanzierungssituation bzw. der Verschuldung entstehenden Probleme, sondern auch mit dem Hinweis auf die Folgekosten⁹. Darunter sind die Kosten für Personal und Sachmittel zu verstehen, die in Zukunft mit dem ‚Betrieb‘ der Infrastrukturanlage verbunden sind.

Für eine Beurteilung dieses Problems ist vor allem die Höhe und die Entwicklung des Anlagevermögens in Relation zu dem beschäftigten Personal, die sogenannte Kapitalintensität, von Interesse. Einerseits steigen die Löhne und Gehälter der beim Staat Beschäftigten rascher als die Preise der Anlageinvestitionen¹⁰; andererseits ist die Nutzungsdauer des staatlichen Anlagevermögens wegen des im Vergleich zur Privatwirtschaft hohen Anteils der Bauinvestitionen lang. Dieser Sachverhalt spiegelt sich darin wider, daß das Niveau der Kapitalintensität im staatlichen Bereich heute immer noch mehr als doppelt so hoch ist wie im Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung), obwohl die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten der Kapitalintensität im privatwirtschaftlichen Bereich in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit gut 6 vH weit höher waren als beim Staat.

Diese Durchschnittsbetrachtung von Niveau und Entwicklung der Kapitalintensität im staatlichen Bereich verdeckt allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Aufgabenbereichen. Das Niveau der Kapitalintensität ist in den Aufgabenbereichen allgemeine Verwaltung, soziale Sicherung sowie Stadt- und Landesplanung am niedrigsten.

⁹ Vgl. z. B. R. Lenk: Folgekosten — Hauptursache geringer Eigendynamik kommunaler Investitionen, in: ifo-Schnelldienst 10/79 (32. Jg., April 1979).

¹⁰ Von 1963 bis 1978 stieg der Preisindex (1970 = 100) der staatlichen Anlageinvestitionen von 81,6 auf 144,3, der Index der beim Staat erzielten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen von 58,4 auf 192,6.

Kapitalintensität¹⁾ in den staatlichen Aufgabenbereichen

	in 1000 DM		Jahresdurchschnittliche
	1963	1977	Veränderungsrate in vH
			1963/1977
Allgemeine staatliche Verwaltung	39,5	48,8	1,5
Verteidigung ²⁾	67,7	61,0	-0,7
Unterrichtswesen	138,4	161,3	1,1
Gesundheitswesen	97,3	98,5	0,1
Soziale Sicherung	50,6	66,6	2,0
Stadt- und Landesplanung	43,8	52,2	1,3
Kommunale Einrichtungen, Umweltschutz	997	1435	2,6
Sonstige Dienste f.d. Allgemeinheit	165,6	265,8	3,4
Wirtschaft ³⁾	215,7	368,3	3,9
Aufgabenbereiche insgesamt ³⁾	105,8	136,5	1,8

1) Bruttoanlagevermögen zu Preisen von 1970 je Erwerbstätigen.
2) Nur Verwaltung. -3) Ohne Verkehr und Nachrichtenübermittlung.
Quelle: Anlagevermögensrechnung des DIW und Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6; Berechnungen des DIW.

Eine Zwischenstellung nimmt das Gesundheitswesen ein, während das Unterrichtswesen eine überdurchschnittlich hohe Kapitalintensität aufweist¹¹, die allerdings von den Bereichen, in denen Tiefbauinvestitionen eine größere Rolle spielen, noch bei weitem übertroffen wird. Die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten sind im Gesundheitswesen am niedrigsten, sie sind z. B. im Unterrichtswesen unterdurchschnittlich, in den kapitalintensivsten Bereichen sind sie überdurchschnittlich hoch.

Die Last der Folgekosten steht im allgemeinen im umgekehrten Verhältnis zu der Kapitalintensität der Aufgabenbereiche. Dies macht deutlich, wie wenig sinnvoll eine Investitionsplanung unter Folgekostengesichtspunkten ist. Sie würde zu absonderlichen Ergebnissen führen. So würden Investitionen im Bereich sozialer Sicherung deshalb nicht zum Zuge kommen, weil die Personalfolgekosten im Vergleich zu den Investitionsausgaben hoch sind (niedriges Niveau der Kapitalintensität). Im Gesundheitswesen müßten Investitionen deshalb unterbleiben,

weil nur geringe Rationalisierungsspielräume vorhanden sind (geringes Wachstum der Kapitalintensität)¹². Sowohl vom Niveau als auch von den Zuwachsraten her argumentiert, spräche unter (Personal-)Folgekostengesichtspunkten vielmehr alles für staatliche Investitionen in den Aufgabenbereichen mit einem hohen Tiefbauanteil, ein nicht minder abwegiges Ergebnis.

Eine an solchem Kriterium ausgerichtete Infrastrukturplanung widerlegt sich selbst. Worauf es ankommt, ist vielmehr eine sorgsame Abwägung von Versorgungs- und Wachstumskriterien, damit knappe öffentliche Investitionsmittel sinnvoll auf absehbare, für die gesellschaftliche Entwicklung unabdingbare Zukunftsaufgaben verteilt werden. Dies sind heute u. a. Umweltschutz, Energieeinsparung, Stadt- und Wohnumfeldsanierung. Dabei ist eine Kalkulation von Projekten, die alle Kosten einer Infrastrukturmaßnahme berücksichtigt, ein wichtiger Planungsschritt. Personal- und Sachmittelkosten einer Infrastrukturmaßnahme müssen dabei ebenso in vergleichbarer Form (z. B. durch Barwertermittlung) den notwendigen Investitionskosten zugeschlagen werden, wie dies in der Privatwirtschaft geschieht, damit ein Vergleich mit anderen Projekten ermöglicht wird. Insofern sind Folgekosten schon von der Begriffsbildung her problematisch; denn auch dem Staat entstehen bei der Leistungserstellung Kosten, die — freilich aus anderen Gründen als in der Privatwirtschaft — für notwendig erachtet werden.

Die Aufwendungen für die Erbringung solcher Leistungen zu minimieren, besagt nicht etwa, in Bereichen mit geringen Folgekosten zu investieren, sondern die gesamten Mittel so einzusetzen, daß die 'gesellschaftlichen Erträge' — wie schwierig es auch immer sein mag, sie im einzelnen zu bestimmen — möglichst hoch sind.

¹¹ Recht groß sind im Unterrichtswesen die Unterschiede zwischen Schulen und z. B. Technischen Universitäten.

¹² Der Zusammenhang zwischen Anlagevermögen und Personal ist natürlich nicht starr, wie hier zur Verdeutlichung unterstellt wird. Das beste Beispiel für eine 'Aufweichung' je nach politischer Zielsetzung ist gegenwärtig der Hochschulbereich, in dem eine Überauslastung der Kapazitäten trotz vieler bildungspolitischer Bedenken in Kauf genommen wird.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage: Westliche Industrieländer: Hochzinspolitik beeinträchtigt Konjunktur. Bearbeitet von Manfred Teschner / Joachim Volz. — Bundesrepublik Deutschland: Konjunkturflaute setzt sich fort. Bearbeitet von Horst Seidler. — Investitionen und Anlagevermögen in den staatlichen Aufgabenbereichen. Bearbeitet von Frank Stille. —

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.